

DETLEF LEHNERT/VOLKER STALMANN, Johannes Stelling 1877-1933.
Sozialdemokrat in Opposition und Regierung: Hamburg - Lübeck - Schwerin - Berlin
(Historische Demokratieforschung, Bd. 19)

Metropol-Verlag | Berlin 2021 | 394 Seiten, gebunden | 24,00 € | ISBN 978-3-86331-567-2

Welche Schwierigkeiten es Historikern bereitet, sich einer Persönlichkeit wie Johannes Stelling zu nähern, von dem kein Nachlass überliefert ist, der nicht zu den passionierten Briefeschreibern zählte und der als Mitglied des Reichstags kaum in Erscheinung trat, davon hätte man gerne mehr in der Einleitung des Bandes gelesen. Dort hätte man auch die Frage erörtern können, ob man angesichts dieser widrigen Quellenlage überhaupt das Wagnis einer biografischen Untersuchung eingehen sollte. Allein, die beiden Autoren haben auf dieses Standardkapitel einer jeden wissenschaftlichen Darstellung verzichtet. Statt einer Einleitung finden sich erst auf der Seite 16 in der Fußnote 32 die Hinweise darauf, dass Detlef Lehnert die Abschnitte »Hamburg und Lübeck«, also Herkunft und politischen Aufstieg, Volker Stalman hingegen »Schwerin und Berlin« verfasst habe, mithin die Karrierhöhepunkte des gebürtigen Hamburgers als Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin 1921 bis 1924 und als Reichstagsabgeordneter von 1919 bis 1933 (mit der kurzen Unterbrechung Mai bis Dezember 1924) sowie als Mitglied des SPD-Parteivorstands seit 1924. An gleicher Stelle erfährt man auch, dass die umfangreiche Quellenrecherche in Zeitungen, Zeitschriften und Protokollen im Wesentlichen von den beiden Historikern Jörg Pache und Jens Thiel geleistet wurde, die dafür mehr Anerkennung verdient hätten, als in einer Fußnote versteckt zu werden.

Die Darstellung folgt der Biografie Stelling chronologisch, beginnend mit seiner Geburt 1877 als unehelicher Sohn einer aus Mecklenburg stammenden Köchin, die erst vier Jahre später einen Schneider namens Stelling heiratete. Der Junge wuchs in proletarischen Lebensverhältnissen auf, die er als begabter Schüler durch den Besuch einer Fortbildungsklasse und eine anschließende Lehre als Handlungsgehilfe hinter sich lassen konnte. Beeindruckt von dem Sozialexperten der SPD-Reichstagsfraktion Hermann Molkenbuhr, der 1893 bis 1898 den ersten Hamburger Reichstagswahlkreis in Berlin vertrat, schloss sich Stelling als 18-Jähriger der SPD an.

Sein eigentlicher politischer Aufstieg vollzog sich in der Hansestadt Lübeck, wo er 1901 zum Lokalredakteur des »Lübecker Volksboten« gewählt wurde. Hier heiratete er im gleichen Jahr Frieda Schilling. Sie bekamen 1903 ihr einziges Kind, die Tochter Gertrud. 1904 stieg er zum Chefredakteur seines Blattes auf, 1907 wurde er in die Lübecker Bürgerschaft und damit in ein – wenn auch kleines – Landesparlament gewählt. Beide Funktionen hatte er bis 1919 inne. Während des Ersten Weltkriegs stützte er die Burgfriedenspolitik der Parteimehrheit, wie er überhaupt zumeist die Haltung des Parteivorstands mittrug. Schon in der Massenstreikdebatte 1906 habe Stelling, so Detlef Lehnert, »das typisch zentristische Credo« vertreten: »Wir müssen einigend wirken und das trennende Moment beseitigen.« (S. 41) Die Person Stelling steht jedoch in weiten Teilen des Kapitels über Lübeck quellenbedingt im Schatten einer Organisationsgeschichte der lübischen Sozialdemokratie.

Nach der Novemberrevolution wurde Stelling in die Weimarer Nationalversammlung gewählt, von wo aus er im August 1919 als Innenminister in die Regierung von Mecklenburg-Schwerin berufen wurde, des größeren der beiden ehemaligen mecklenburgischen Großfürstentümer, die bis 1918 ohne gewählte

Landtage als rückständigste Staaten des Deutschen Reichs gegolten hatten. Von 1921 bis 1924 amtierte er als Ministerpräsident, davon im ersten Jahr 1921/22 unter Einschluss der DVP und damit in der ersten Großen Koalition der Weimarer Republik überhaupt. Stelling's Regierung konnte zahlreiche wichtige Projekte realisieren, etwa auf dem Sektor der Bildungspolitik, indem die Volksschullehrer zu Staatsbeamten aufgewertet und die Lernmittelfreiheit eingeführt wurden (S. 230). Aber natürlich agierte die Schweriner Landesregierung nicht im luftleeren Raum, sondern war in die reichsweite politische und ökonomische Entwicklung eingebunden, die zahlreiche Wählerinnen und Wähler der SPD enttäuschte. Bei den Landtagswahlen am 17. Februar 1924 erfolgte daher »ein regelrechter Absturz« (S. 251). Die regionale Sozialdemokratie sackte von 41,7 auf 22,8 Prozent ab und schied aus der Regierung aus.

Stelling konzentrierte sich nunmehr auf seine Tätigkeiten als Sekretär im SPD-Parteivorstand und seit Januar 1928 als Gauvorsitzender des Reichsbanners Berlin-Brandenburg. Im Reichstag blieb er auf die mehrfach erwähnte Funktion eines »Hinterbänklers« (etwa auf S. 267) beschränkt, was durch eine Ermittlung der Anzahl seiner Reichstagsreden (insgesamt lediglich acht) leicht hätte belegt werden können. Stelling war also ein Mann des Parteiapparats, nicht des Parlaments. Sein politisches Urteilsvermögen ist ambivalent einzuschätzen, einerseits warnte er bereits 1919 vor einer drohenden Kandidatur Paul von Hindenburgs bei einer künftigen Reichspräsidentenwahl (S. 145) und übte berechtigte Kritik an Gustav Noske (S. 148), andererseits erkannte er die Tragweite des Sturzes von Reichskanzler Hermann Müller 1930 nicht (S. 310) und hing nach der Errichtung der NS-Diktatur »einem geradezu fatalistischen Entwicklungsglauben« an (S. 374), indem er die Gefahr für sich persönlich wie für die Partei unterschätzte. Der in diesem Buch geschilderte Übergang von der Regierung Müller zum Kabinett Brüning entspricht im Übrigen nicht dem neuesten Forschungsstand. Brüning war über die Intrige zum Sturz Hermann Müllers schon Monate vorher eingeweiht gewesen und hatte gegenüber deren Drahtziehern seine Bereitschaft zur Bildung des ersten Präsidialkabinetts erklärt.

Stelling stimmte am 23. März 1933 in der zum Reichstag umgebauten Kroll-Oper gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz; eine Flucht aus Deutschland lehnte er ab und unterstützte den im Reich verbliebenen Berliner gegen den Prager Exilvorstand der SPD. Durch seine Funktion beim Reichsbanner (bis 1932) und durch von ihm kolportierte Gerüchte, dass die Nationalsozialisten für den Reichstagsbrand verantwortlich seien, zog er sich in besonderem Maße den Hass der neuen Machthaber zu. Während der sogenannten »Köpenicker Blutwoche« wurde er von der SA verhaftet, schwer misshandelt und in der Nacht vom 21. auf den 22. Juni 1933 ermordet. Sein Leichnam wurde in einen Sack gestopft, in die Dahme geworfen und erst am 1. Juli 1933 aufgefunden.

Letztlich bleiben viele Fragen aus Stelling's Biografie offen: Wer zählte außer Hermann Molkenbuhr zu seinen persönlichen Vorbildern? Wer förderte ihn? Mit welchen führenden Sozialdemokraten »konnte« er, mit welchen nicht? Wie war das weitere Lebensschicksal seiner Witwe und seiner Tochter? Tochter und Schwiegersohn traten nach 1945 als Zeugen in den genannten Strafprozessen auf. Aber wie und wo lebten sie anschließend? Dass diese Fragen vielleicht nicht beantwortet werden können, weil die Quellen schweigen, hätte thematisiert werden können. Dass Täter der »Köpenicker Blutwoche« 1947 und 1948 in West- und 1950 in Ost-Berlin vor Gericht gestellt wurden, wird erwähnt, nicht mitgeteilt wird jedoch, dass die Urteile in Ost-Berlin wesentlich härter ausfielen und dass es die DDR war, die lange vor der Bundesrepublik Deutschland Stelling im öffentlichen Raum würdigte: mit der Überführung seines Grabes im Jahr 1950 in die »Gedenkstätte der Sozialisten« auf dem Friedhof in Friedrichfelde, wo man es noch heute besuchen kann, mit der Einrichtung einer Gedenkstätte zur »Köpenicker Blutwoche«, mit der Anbringung einer Gedenktafel sowie der Benennung einer Straße in Köpenick (Stellingdamm) und einer Brücke in Adlershof. Zu diesen Gedenkortern ist nun die vorliegende Studie hinzugekommen. An Johannes Stelling als eines der frühesten und prominentesten Opfer des NS-Terrors zu erinnern und

zahlreiche Bausteine zu seiner Biografie zusammengetragen zu haben, ist – trotz aller offenen, also den nicht gestellten wie den nicht beantworteten Fragen – ein bleibendes, ein unbestreitbares Verdienst dieses Buches.

BERND BRAUN, Heidelberg

Zitierempfehlung

Bernd Braun: Rezension von: Detlef Lehnert/Volker Stalmann, Johannes Stelling 1877–1933. Sozialdemokrat in Opposition und Regierung: Hamburg – Lübeck – Schwerin – Berlin, Metropol-Verlag, Berlin 2021, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 62, 2022, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81940>> [5.4.2022].